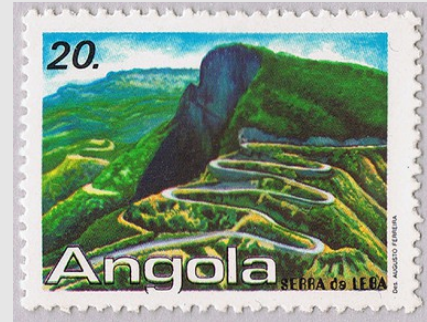


angola aktuell

Email-Newsletter der Angola-Runde

Nr. 7, Dezember 2014



angola aktuell ist ein Newsletter der Angola-Runde, eines Zusammenschlusses von Nichtregierungsorganisationen, die zu Angola tätig sind.

Sonderausgabe zum UPR 2014 Angola

Universal Periodic Review/Universelles Periodisches Überprüfungsverfahren zur allgemeinen Menschenrechtssituation in Angola

INHALT

Universelle Periodische Überprüfung	1	Militär und Rüstung	8
UPR 2014 Angola	2	Militärkooperationen	9
Links zum UPR 2014 Angola	4	Medien	13
Mehr Schein als Sein	5		

UNIVERSELLE PERIODISCHE ÜBERPRÜFUNG

Universelle Periodische Überprüfung («Universal Periodic Review» UPR) des UNO-Menschenrechtsrats

Die „Universelle Periodische Überprüfung“ («Universal Periodic Review», UPR) ist ein wichtiger Mechanismus des UNO-Menschenrechtsrats. Das Verfahren wurde von der UNO-Hauptversammlung mit der Resolution 60/251 vom 18. Juni 2007 aus der Taufe gehoben.

Beim UPR handelt es sich um ein sogenanntes „Peer-Review“-Verfahren. Das heisst, es ist ein System der Überprüfung von Staaten durch Staaten. Jeder einzelne der 192 Mitgliedstaaten der UNO wird im Rahmen eines 4-jährigen UPR-Zyklus von allen anderen Staaten hinsichtlich seiner Menschenrechtsprobleme überprüft. Jeder Staat hat die Pflicht, sich diesem Verfahren zu stellen, und jeder Staat hat im Rahmen dieses Verfahrens das Recht, gegenüber jedem andern Staat beliebige Empfehlungen zur Verbesserung von dessen Menschenrechtssituation zu formulieren.

Der überprüfte Staat muss sich mit diesen Empfehlungen auseinandersetzen und hat die Wahl, eine bestimmte Empfehlung anzunehmen oder abzulehnen. In einem weiteren Überprüfungszyklus wird dann besonders aufmerksam geschaut, wie ein Staat in der Zwischenzeit die akzeptierten Empfehlungen in die Praxis umgesetzt hat.

Quelle: [humanrights.ch](http://www.humanrights.ch)

<http://www.humanrights.ch/de/internationale-menschenrechte/uno-organe/menschenrechtsrat/upr/>

Offizielle Seite des UPR:

<http://www.upr-info.org/en>

UPR 2014 ANGOLA

Teilnahme angolanscher Menschenrechtsgruppen und der Angola-Runde am UPR 2014 Angola

Angola ist zum ersten Mal im Februar 2010 dem UPR-Verfahren unterzogen worden. In Vorbereitung auf die zweite Überprüfung der Menschenrechtssituation in Angola durch den UPR 2014 in Genf haben zivilgesellschaftliche Gruppen, Bürger- und Menschenrechtsorganisationen aus Angola und Deutschland seit Ende 2013 einen intensiven Konsultationsprozess untereinander begonnen. Im Zentrum des Austausches stehen die allgemeine Menschenrechtssituation in Angola sowie das Verhalten internationaler Akteure gegenüber einer angolanschen Regierung, die mit zunehmender Repression gegen Oppositionelle vorgeht und von ihr ratifizierte Konventionen bislang nicht unterzeichnet hat.

Der Wirtschaftsboom und makroökonomische Daten der letzten fünf bis sieben Jahren verstellen den Blick auf die Realitäten im angolanschen Alltag. Die Menschen sind mit den gleichen Problemen wie vor 10-15 Jahren konfrontiert: permanente Ernährungs- und Wasserkrise; soziale Ungleichheit und weit verbreitete Armut trotz höherer Staatseinnahmen aus Erdöl- und Diamantenexporten; armes Bildungs- und Gesundheitssystem; ungeklärtes Landrecht trotz Gesetzesreform; Massenvertreibungen und gewalttätige Zerstörungen von Häusern; Einschränkung der Versammlungs-, Demonstrations- und Meinungsfreiheit, obwohl die neue Verfassung diese Rechte garantiert; Repression gegen Menschenrechtsverteidiger, Journalisten und Oppositionelle wie Kritiker; Gewalt gegen Frauen, u.a. Straßenhändlerinnen, und gegen Flüchtlinge aus der Demokratischen Republik Kongo durch Angehörige der Sicherheitskräfte. Dazu kommen noch die weitverbreitete organisierte Wirtschaftskriminalität, Frauenhandel, massive Korruption, Unterschlagung von Staatsgeldern und Kapitalflucht ins Ausland zur Selbstbereicherung der Elite aus dem inneren Machtzirkel um Präsident dos Santos und seiner Familie, des Militärs und der Regierungspartei MPLA. Beeinflusst durch globale Wirtschaftsakteure und multinationale Konzerne oder auch unter ihrer Mitwirkung werden manche Regierungschefs und Entscheidungsträger im Ausland bestochen. Damit erkaufte sich die angolansche Regierung das Schweigen der internationalen Gemeinschaft oder wirbt um Sympathie bei westlichen Demokratien wie zum Beispiel Deutschland.

In Absprache mit zivilgesellschaftlichen Organisationen Angolas haben die in der Angola-Runde vereinten deutschen Nichtregierungsorganisationen eine Delegation aus beiden Ländern zusammengestellt, die an dem UPR-Verfahren zur Überprüfung der Menschenrechtssituation in Angola vom 27. Oktober bis zum 7. November 2014 in Genf teilgenommen hat. Während die angolanschen Menschenrechtgruppen sich in ihrem Land auf eine gemeinsame Strategie zur Begleitung des UPR-Verfahrens verabredeten, hat die Angola-Runde mit logistischer Hilfe des Lutherischen Weltbundes ein Side Event in Genf organisiert und mit Übersetzungen wichtiger Dokumente vom Englischen ins Portugiesische die Arbeit ihrer angolanschen Partner unterstützt.

Einige angolische Organisationen hatten sich schon direkt oder indirekt an dem ersten Überprüfungsverfahren 2010 beteiligt. Später schlossen sie sich zu der losen Arbeitsgruppe *Grupo de Trabalho de Monitoria dos Direitos Humanos - GTMDH* (Arbeitsgruppe für das Monitoring von Menschenrechten) zusammen. Beim zweiten UPR-Verfahren 2014 traten dann alle Beteiligten als Gruppe auf und nahmen kollektiv an der Überprüfung der angolischen Regierung teil.

Zwar sind auch andere Bürgerrechts- und zivilgesellschaftliche Organisationen in Angola über das Thema Menschenrechte sensibilisiert und haben die Entwicklungen am Rande mitverfolgt, doch die aus 15 Mitgliedern bestehende Arbeitsgruppe GTMDH hat einen eigenen Elan entwickelt. Die Gruppe reichte termingerecht Mitte März 2014 eine gemeinsame Vorlage zur Menschenrechtssituation in Angola an das UPR-Sekretariat beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in Genf ein. Unterstützt wurden sie von der FIDH (Fédération Internationale des Droits de l'Homme), deren Empfehlungen als Stellungnahme der angolischen Zivilgesellschaft im Angola-Bericht mit eingeflossen sind.

Berichtersteller aus der angolischen Zivilgesellschaft

Frei Júlio Gonçalves Candeiro, Mosaiko - Instituto para Cidadania,

informierte u.a. über extreme Armut und das Recht auf Nahrung, über Landrecht und Fälle von Landaneignung, über den seit 2012 andauernden Hunger in zehn Provinzen mit zwei Notstandsprovinzen (Huíla und Namibe), über fehlenden Zugang zum Rechtssystem und exzessive Gewalt an Frauen durch Sicherheitskräfte.

Padre Raul Tati, Mpalabanda - Associação Cívica de Cabinda,

informierte über den anhaltenden bewaffneten Konflikt in der erdölreichen Cabinda-Enklave, die Zerstörung zahlreicher Felder in Maiombe durch die angolischen Streitkräfte FAA, um den Cabinda-Separatisten die Ernährungsgrundlage zu entziehen, mit gravierenden Folgen für die Bevölkerung, über die Wasserverunreinigung durch Ölfimen mit Auswirkungen auf lokale Fischer und Kleinbauern, über Zwangsvertreibungen zugunsten von Rohstoffausbeutung und die exzessive Gewalt durch Staatsbeamte und private Sicherheitsfirmen. Die Menschenrechtsvereinigung Mpalabanda ist seit 2006 verboten.

Júnior Betinho Cassoca, Movimento do Protectorado Lunda Tchokwe,

informierte über die verheerende Menschenrechtssituation in den Lunda-Provinzen, über Landraub, Zwangsvertreibungen und Umsiedlungen für den Diamantenabbau, über exzessive Gewalt durch staatliche und private Sicherheitskräfte sowie die andauernden Morde, besonders an Frauen, denen die Geschlechtsorgane entnommen werden. Dokumentiert sind 200 Fälle von Tötungen.

José Adão Fragoso, Fundação 27 de Maio,

informierte über die Kultur der Straffreiheit und die Weigerung der angolischen Regierung, die Vergangenheit über das Massaker an über 80.000 Angolanerinnen und Angolaner vom Mai 1977 aufzuarbeiten, die unzähligen Fälle von Verschwundenen aufzuklären sowie Todesurkunden an die Hinterbliebenen der Opfer auszustellen.

Die Angola-Runde wurde in Genf von **Emanuel Matondo** vertreten, ihm zur Seite stand **Carolina Wienand**.

UPR Info - Angola, Review on 30 October 2014, 20th Session, Geneva:

<http://www.upr-info.org/en/review/Angola/Session-20---October-2014>

**Universal Periodic Review Of The Un Human Rights Council - Angola:
Information Submitted by Angolan Civil Society Organisations**

http://www.upr-info.org/sites/default/files/document/angola/session_20_-_october_2014/fidh_upr20_ago_e_main.pdf

Anhang zur Vorlage:

Mitgliederliste der GTMDH (Grupo de Trabalho de Monitoria dos Direitos Humanos):

http://www.upr-info.org/sites/default/files/document/angola/session_20_-_october_2014/fidh_upr20_ago_p_annexe2.pdf

Weitere Vorlagen von NRO und Menschenrechtsgruppen:

<http://www.upr-info.org/en/review/Angola/Session-20---October-2014/Civil-society-and-other-submissions#top>

**Draft report of the Working Group on the Universal Periodic Review - ANGOLA
(A/HRC/WG.6/20/L.8)**

Angola hat beim UPR 2014 192 Empfehlungen akzeptiert. Weitere 34 hat die Regierung mit nach Hause genommen und sich verpflichtet, bis zur 28. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates im März 2015 vor Abschluss des Überprüfungsverfahrens alle offenen Fragen zu klären und zu beantworten.

Der nächste UPR findet im April 2019 statt.

http://www.upr-info.org/sites/default/files/document/angola/session_20_-_october_2014/a_hrc_wg.6_20_l.8.pdf

Advance Questions to Angola - add. 1:

http://www.upr-info.org/sites/default/files/document/angola/session_20_-_october_2014/advance_questions_angola_2014_2.pdf

UN WEB TV

Angola - Session 20 - October 2014 - Webcast of the Review

<http://webtv.un.org>

<http://www.upr-info.org/en/review/Angola/Session-20---October-2014/Review-in-the-Working-Group#top>

Beitrag zum UPR 2014 Angola von Emanuel Matondo aus afrika süd Nr. 6, November/Dezember 2014:

ANGOLAS MENSCHENRECHTSLAGE war Anfang November Gegenstand eines Überprüfungsverfahrens des UN-Menschenrechtsrates in Genf. Die mit großer Delegation angereisten Vertreter der angolanischen Regierung waren vom selbstbewussten Auftreten der Zivilgesellschaft überrascht und verhielten sich wie „Zirkus-Clowns“ auf der UN-Bühne.

Mit dem „Universal Periodic Review“ (UPR) werden einzelne Staaten vom in Genf ansässigen Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen regelmäßig einem „Universellen Periodischen Überprüfungsverfahren“ unterzogen. Vom 27. Oktober bis zum 7. November 2014 war Angola zum zweiten Mal Gegenstand dieses UPR-Verfahrens. Erstmals wurde die Menschenrechtssituation in Angola am 12. Februar 2010 überprüft, ohne dass dies im In- und Ausland groß wahrgenommen worden wäre. Doch seit dem ersten Zyklus dieses universellen Verfahrens, das sich als Bestandteil des Menschenrechtsschutzes der Vereinten Nationen etabliert hat und der UN-Generalversammlung direkt unterstellt ist, ist viel geschehen in Angola. Die Menschenrechtssituation hat sich seither drastisch verschlechtert: Ob andauernder Hunger oder Ernährungsunsicherheit, gewaltsame Vertreibung der Bevölkerung von Ländereien, die später mächtigen Generälen zugeteilt oder für große Bauprojekte von in- und ausländischen Investoren genutzt werden; ob sexuelle Gewalt gegen Frauen durch Polizei und Militär, willkürliche Verhaftungen, Folterungen oder illegale Hinrichtungen von Oppositionellen und friedlichen Demonstranten, deren Leichen später zum Füttern von hungrigen Krokodilen in angolanischen Flüssen angeboten wurden - der Katalog des Grauens der letzten vier Jahren hat große Teile der angolanischen Bevölkerung traumatisiert. Ein Grauen, der die Handschrift des Regimes von José Eduardo dos Santos, seines Sicherheitsapparats und der regierenden MPLA trägt.

Auf diesen zweiten UPR-Zyklus hatte sich die angolanische Zivilgesellschaft besser vorbereitet als auf das erste Verfahren 2010. Es ging nicht nur um eine aktive Beteiligung an dem Überprüfungsverfahren, sondern auch um die Begleitung der Ereignisse mit der Mobilisierung eines breiten Bündnisses von Gruppen und Aktivisten aus Angola. Die aktive Mitwirkung der Zivilgesellschaft aus den überprüften Ländern wird vom UN-Menschenrechtsrat ausdrücklich empfohlen. Die Berichte ihrer Lobby-Arbeit fließen in das Verfahren ein.

Side Event der Angola-Runde

In Absprache mit angolanischen Partnerorganisationen veranstaltete die Angola-Runde der deutschen Hilfswerke und Nichtregierungsorganisationen am 29. Oktober ein Side Event im UN-Palais in Genf, einen Tag vor der 20. Sitzung des UPR-Verfahrens. Eine solche Parallelveranstaltung zivilgesellschaftlicher Organisationen dient dazu, den am Überprüfungsverfahren beteiligten Fachleuten ein ausgewogenes Bild der Menschenrechtsslage im Land zu präsentieren. Oftmals steht dieses im Kontrast zu den offiziellen Berichten der überprüften Regierungen. Gerade im Fall Angolas war eine solche alternative Veranstaltung unter dem in Genf ansässigen Diplomatenkreis äußerst willkommen, ganz im Gegensatz und eher zum Ärger der anwesenden angolanischen Regierungsvertreter.

Unter dem Motto „Angola Today - Oil for Few, No Food for Many“ luden die Angola-Runde, der Lutherische Weltbund LWB und die angolanische Arbeitsgruppe zur Überwachung der Menschenrechte (*Grupo de Trabalho de Monitoria dos Direitos Humanos em Angola*, GTMDH), ein Zusammenschluss von über 10 Bürger- und Menschenrechtsorganisationen, zu einer offenen Diskussion im UN-Gebäude ein. Der Einladung folgten Diplomaten sowie Vertreter internationaler Institutionen und Organisationen.

Die Berichterstatter aus Angola waren: Frei Júlio Gonçalves Candeiro, Direktor der Menschenrechtsorganisation „Mosaiko - instituto para a cidadania“; Padre Raul Tati, Mpalabanda - Associação Cívica de Cabinda; Júnior Betinho Cassoca, Movimento do Protectorado Lunda Tchokwe; José Adão Fragoso, Fundação 27 de Maio. Vor allem die Berichte über die verheerende Menschenrechtslage in der Erdölprovinz Cabinda und in den Lunda-Diamantenprovinzen waren erschütternd.

Pikanterweise hatte die angolansische Botschaft in der Schweiz im Auftrag ihrer 36-Mann starken Regierungsdelegation am gleichen Tag und zur gleichen Uhrzeit eine Parallelveranstaltung organisiert. Doch das übliche Regierungsmanöver der Sabotage zivilgesellschaftlicher Aktivitäten verpuffte dieses Mal wirkungslos. Selbst die Anwesenheit von Geheimdienstmitarbeitern am Side Event hinderte die Redner aus der angolansischen Zivilgesellschaft nicht daran, frei und offen die gravierenden Menschenrechtsverletzungen in ihrem Land vorzutragen.

Von der Veranstaltung der Zivilgesellschaft ging eine klare Botschaft an den Menschenrechtsrat und an die Vertreter der internationalen Gemeinschaft: Die Missachtung der Menschenrechte durch alle Instanzen des angolansischen Staates wird mehr und mehr zu einem Unsicherheitsfaktor für das Land und gefährdet die Existenz der dort lebenden Menschen wie derjenigen aus den Nachbarländern. Die Weigerung der Regierung, den bewaffneten Konflikt in der Enklave-Provinz Cabinda friedlich und politisch zu lösen, kombiniert mit extremer Armut sowie exzessiver Staatsgewalt gegen Religions- und Glaubensgemeinschaften sowie die Zerstörung von Moscheen und Gotteshäusern evangelikaler Kirchen bilden den Nährboden für Extremismus und unkontrollierbare Gegengewalt im ganzen Land. Es war auch eine Warnruf an jene Nationen, die das Regime in Angola noch als Garant für Stabilität in dieser Region Afrikas zu wissen glauben.

„Angola kommt seinen Verpflichtungen in der Menschenrechtsfrage nicht nach“

Nach dem Side Event ersuchten einige ständige Vertreter beim UN-Menschenrechtsrat die Angola-Runde um Gespräche oder Treffen mit der angolansischen Zivilgesellschaftsdelegation, um sich auf die Anhörung einen Tag später vorzubereiten. Viele Ländervertreter in Genf teilen die Einschätzung, dass sich in Angola vieles nur auf dem Papier abspielt und die Regierung ihren Verpflichtungen in der Menschenrechtsfrage nicht ernsthaft nachkomme. Dabei gibt es sogar ein Justiz- und Menschenrechtsministerium, das Rui Jorge Carneiro Manguera untersteht. Doch als Leiter der angolansischen Delegation in Genf fiel ihm nichts anderes ein, als den guten Willen seiner Regierung mit dem Hinweis auf zahlreiche verabschiedete Gesetze, die angolansische Verfassung sowie die Ratifizierung einiger internationalen Konventionen zu Menschenrechten zu beteuern. Gesetze und Verfassung seien so gut, „dass die Bürgerinnen und Bürger Angolas sich daran halten müssen.“ Friedliche Demonstranten und Aktivisten für soziale Rechte brandmarkte der Justizminister als „Gesetzesbrecher“. Opfer von Polizeigewalt sind für ihn „Randalierer gegen die angolansische Staatsmacht, gegen die Sicherheitskräfte mit aller Härte vorgehen, um den erzielten Frieden in Angola zu bewahren.“ So lautet die offizielle Staatsphilosophie.

Was der Justizminister nicht wusste: Sein Auftritt bei dieser 20. Sitzung in Genf wurde vielerorts in Angola live über UN-Webcast-TV verfolgt - dank gemeinsamer Mobilisierung der Angola-Runde, GTMDH und von Akteuren der dortigen Zivilgesellschaft. So diskreditierte sich der Justizminister mit seiner Aussage, es gebe keine Verfolgung von Aktivisten oder Journalisten in Angola. Die Empörung verfolgt ihn bis heute.

Die UPR-Sitzung

101 Ländervertreter nahmen an der Sitzung für das Überprüfungsverfahren Angolas teil, aus dem 226 Empfehlungen an das Land hervorgingen, 60 mehr als beim ersten UPR 2010. Damals akzeptierte Angola 158 Empfehlungen und lehnte acht von insgesamt 166 ab. Diesmal wurden alle Empfehlungen angenommen, 192 sofort akzeptiert und die Regierung nahm weitere 34 mit nach Hause, mit der Verpflichtung, bis zur 28. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates im März 2015 vor Abschluss des Überprüfungsverfahrens alle offenen Fragen zu klären und zu beantworten. Bei

diesem Verfahren werden Länder allein vor der Wahl gestellt, die Empfehlungen zur Verbesserung der Menschenrechtssituation in eigenem Land entweder zu akzeptieren oder diese abzulehnen. Völkerrechtlich hat eine Ablehnung keine Konsequenzen, doch der Imageschaden ist groß und hätte Angola, das ab 1. Januar 2015 nicht-ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat sein wird, bloßgestellt.

Die konfrontative Art der Debatte um die Menschenrechte in Angola dürfte die angolische Regierungsdelegation überrascht haben. Während der Justizminister in seiner Antwort auf die Voranfragen einiger Länder, darunter Deutschland, Niederlande, Schweden und Belgien, die Arbeit seiner Regierung schön redete, verliehen viele Ländervertreter ihren Interventionen mit erhobenen Stimmen mehr Nachdruck. Im Mittelpunkt ihrer Empfehlungen zur Verbesserung der Menschenrechtslage stehen: das Bildungssystem, der Zugang zur Gesundheitsversorgung, die Beseitigung der Gewalt gegen Frauen und Kinder einschließlich der Bekämpfung der sexuellen Gewalt durch Sicherheitskräfte, Schutz der Migranten und ausländischen Flüchtlinge, konkrete Maßnahmen zur Einhaltung der Rechte auf Wohnung und Ernährung sowie Bekämpfung der extremen Armut im Land. Ein besonderes Augenmerk richtete ein ganzer Block von Ländern auf die weit verbreitete Folterpraktiken in Angola, die massive Einschränkungen von manchen Grundrechten wie das Recht auf Glaubens- und Religionsfreiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit. Über die Respektierung dieser Rechte hinaus wurde der angolischen Regierung auch nahe gelegt, Maßnahmen wie illegale Hinrichtungen, Folter und spurloses Verschwindenlassen unverzüglich zu unterbinden, die das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit der Bürger Angolas verneinen.

Derart mit den Menschenrechtsverletzungen ihrer Regierung konfrontiert, verließen die Mitglieder der angolischen Delegation zum Sitzungsschluss mit versteinerten Mienen den Konferenzraum. Der Frust über das starke Auftreten der angolischen Zivilgesellschaft und die eigene Schlappe hielt noch lange an. Als am 4. November der Überprüfungsbericht angenommen und veröffentlicht wurde, hatte der Justizminister längst Genf verlassen und anderen seine Bühne überlassen. Es lag am angolischen Botschafter in der Schweiz, sich bei den Sprechern der angolischen Zivilgesellschaft zu beschweren: „Es ist nicht gut, dass ihr hinter den Deutschen herlauft und um ihre Unterstützung bittet, um die Regierung eures Landes auf so einer internationalen Bühne zu kritisieren. Wir haben doch Demokratie in Angola und können die Dinge Zuhause besprechen.“ Warum dann eine Parallelveranstaltung zu unserem Side Event, wenn sie den Dialog und Respekt vor Andersdenkenden ernst meinten?, fragten wir. Die Antwort blieb der Diplomat schuldig und schlich von dannen. Die Regierungsdelegation hatte ihr Manege-Stück schlecht inszeniert.

Emanuel Matondo

Die Themen sind entscheidend

FREI JÚLIO GONÇALVES CANDEIRO, Direktor der Menschenrechtsorganisation Mosaiko, zum UPR-Verfahren

Wie repräsentativ war Ihre Delegation in Genf für die angolische Zivilgesellschaft?

Bezüglich der Themen, die diese Gruppe vorgebracht hat, war das eine gute Repräsentation. Es geht weniger um die Personen, die gekommen sind, sondern um die Themen, für die die einzelnen Organisationen stehen. Mpalabanda z.B. ist exemplarisch für die Herausforderung für die Zivilgesellschaft, in Angola tätig zu sein. Die gegen sie angewandten rechtlichen Instrumente sind nebulös. Der Einspruch gegen das Verbot der Organisation ist nie behandelt worden. Man mag der Meinung sein, dass die Organisation nicht so klar ist, doch vor den Themen, die sie aufwirft, kann man nicht weglaufen, wenn es etwa um eine bessere Verteilung des Reichtums in Cabinda geht, von wo über 75 Prozent des Ölreichtums von Angola kommen. Die Menschen dort haben große Probleme, die Grundbedürfnisse zu befriedigen, während sie jeden Tag die Ölplattformen sehen können. Dazu kommen die Probleme von Umweltverschmutzung und die

zahlreichen Nebenfolgen der Ölproduktion, die langfristige negative Auswirkungen auf die Menschen haben.

Es gibt noch eine kleine Rebellenfraktion, die in Cabinda kämpft, aber wir sehen keinen ernsthaften Versuch, dies zu beenden. Das schafft ein Umfeld von Instabilität, in dem jeder verdächtigt wird, für die Unabhängigkeit Cabindas zu kämpfen, ein Umfeld, dass nun wahrlich nicht als friedlich bezeichnet werden kann. In diesem Falle ist Mpalabanda die glaubwürdigste Stimme, die solche Themen aufgreift. Es war also gut, dass sie hier vertreten war, denn innerhalb Angolas wird kaum über das Cabinda-Problem gesprochen.

Der Vertreter aus den Lunda-Provinzen machte auf die Landprobleme im Zusammenhang mit dem Diamantenabbau aufmerksam. Sind die Menschen, die zuvor dort gelebt haben, entschädigt worden? Wie werden sie behandelt? Wie in Cabinda stehen die Menschen angesichts der teuren Diamantenproduktion vor der Frage, wie sie sich mit der unbeschreiblichen Armut im Vergleich zum Reichtum der Landnutzer abfinden können. Hier geht es um Themen wie Umverteilung, Landgrabbing, Sicherheit. Die Luandas sind von der Entwicklung sehr vernachlässigt worden. Die Menschen haben dort nie etwas anderes kennen gelernt, als nach Diamanten zu graben und zu überleben zu versuchen. Die großen Firmen unterhalten ihre eigenen Sicherheitskräfte, die die Menschen von Land abhalten, das als potenziell reich an Rohstoffen gilt. Es gibt zu viele Tote in den Lundas.

Welches Stellenwert hatte das von der Angola-Runde organisierte Side Event für Sie?

Es ist uns gelungen, mit dem Side Event bei den Akteuren des UN-Menschenrechtsrats Gehör zu finden, wir haben viele Sonderberichtersteller anderer Länder getroffen und ihnen unsere Berichte mit sehr detaillierten Punkten überreicht. Viele Vertreter einzelner Länder wollten mehr verstehen, denn sie haben nur wenige Informationen zur Lage in Angola. Das war sehr wichtig, man kann das im Abschlussbericht lesen: Viele der Themen, die wir vorgebracht haben, sind dort enthalten. Andere mögen auch Vorschläge eingereicht haben, aber wir können schon sagen, dass wir mit unserer Anwesenheit klar dazu beigetragen haben, welche Empfehlungen an die angolansische Regierung am Ende verabschiedet worden sind.

Quelle: afrika süd

<http://www.afrika-sued.org/aktuellesheft/mehrscheinalsein/>

MILITÄR UND RÜSTUNG

Der Entwicklungsplan Angolas 2015-2019: Aufrüstung statt Armutsbekämpfung

Angolas Militärausgaben werden 2019 13 Milliarden US-Dollar erreichen

Die angolansische Regierung will ihre Verteidigungs- und Militärausgaben von derzeit 6,5 Milliarden US-Dollar bis zum Jahr 2019 auf 13 Milliarden US Dollar erhöhen, um den steigenden Bedürfnissen ihrer Streit- und Sicherheitskräften entsprechen zu können. Diese bräuchten Ausrüstungen für Grenzsicherheit, Kampfflugzeuge, Mehrzweckflugzeuge, Helikopter, Kriegsschiffe und unbemannte Luftfahrzeuge (Drohnen), heißt es im Bericht „Future of the Angolan Defence Industry - Market Attractiveness, Competitive Landscape and Forecasts to 2019“ des US-amerikanischen Verteidigungsmarkt-Analysten Market Research. Dem Bericht zufolge wird, „der Anstieg der Militärausgaben Angolas in den nächsten Jahren angetrieben durch den Bedarf an Modernisierung und Verbesserung der Funktionsfähigkeit aller drei Bereiche der angolansischen Streitkräfte (FAA) sowie durch den Wunsch, die aktive Truppenstärke zu erweitern, während man gleichzeitig neue Versorgungsprojekte für Kriegsveteranen geplant hat.“

Angolas Verteidigungsausgaben verzeichneten laut dem Bericht eine jährliche Wachstumsrate von 17,95 Prozent. 2010 lagen sie bei 3,5 Mrd. US-Dollar, 2014 wurden 6,8 Mrd. US-Dollar ausgegeben. Allein von 2012 auf 2013 sind sie nach Angaben des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) um 36 Prozent angestiegen.

Die Neuanschaffungen der angolanischen Armee werden von Piloten und Militärpersonal bedient, das in Russland, Kuba, Brasilien und Portugal ausgebildet wird. Die angolanische Regierung begründet den Anstieg ihrer Militärausgaben und den Ausbau ihrer Truppenstärke mit neuen Aufgaben für ihre Rolle, die sie in der Region und im Rahmen der UN-Friedensmissionen in Afrika spielt. Demnächst steht ein Einsatz von 1800 Blauhelmen aus Angola in der Zentralafrikanischen Republik bevor.

defenceWeb, 28.11.2014

http://www.defenceweb.co.za/index.php?option=com_content&view=article&id=37185&catid=74&Itemid=30

Siehe auch:

Market Report

Future of the Angolan Defence Industry - Market Attractiveness, Competitive Landscape and Forecasts to 2019

Sector Publishing Intelligence Limited 2014

<http://www.spi-reports.com/productpdf.php?params=258042>

Stabschef der angolanischen Streitkräften verkündet Erneuerung der Armee

Angop, 6.10.2014

<http://allafrica.com/stories/201410070083.html>

Die angolanische Regierung wünscht sich mehr Ausrüstung zur militärischen Kontrolle ihrer Gewässer

Auf einer Pressekonferenz in der portugiesischen Hauptstadt Lissabon hat der angolanische Verteidigungsminister João Lourenço weder bestätigt noch dementiert, ob Angola Patrouillen-Boote und dazu gehörige Waffen zur Kontrolle seiner Gewässern kaufen wird. Ohne auf Einzelheiten einzugehen beteuerte Lourenço, Angolas Pläne zur Modernisierung der Streitkräfte und das Interesse an einen möglichen Erwerb von Marineschiffen aus Ländern wie Deutschland hätte nichts mit irgendeinem Konflikt mit den Nachbarn in der Region zu tun. Die Äußerung Lourenços wird als Anspielung auf den vorhandenen maritimen Konflikt mit den Nachbarländern Kongo-Brazzaville, Demokratischen Republik Kongo und Gabun gesehen.

Deutsche Welle, 2.12.2014

<http://www.dw.de/governo-angolano-quer-mais-meios-para-fiscalizar-%C3%A1guas-nacionais/a-18106031>

MILITÄRKOOPERATIONEN

Deutschland

Militärvertrag mit Deutschland

Die Bundesregierung hat im November eine künftige militärpolitische Kooperation mit Angola vereinbart, die u.a. eine Ausbildung angolanischer Streitkräfte in Angola durch die Bundeswehr vorsieht. Eine entsprechende Übereinkunft haben Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen

und ihr angolanischer Amtskollege João Lourenço am 24. November in Berlin unterzeichnet.

Kurz zuvor war auch Angolas Außenminister George Chikoti zu Gesprächen mit Außenminister Frank-Walter Steinmeier in Berlin. Das deutsche Interesse an militärpolitischen Beziehungen zu Angola, das über umfangreiche Erdöl- und Erdgasvorkommen verfügt und neben Südafrika zur wichtigsten Regionalmacht aufgestiegen ist, ist schon im Juli 2009 vom damaligen Verteidigungsminister Franz Josef Jung gegenüber seinem angolanischen Amtskollegen in Berlin geäußert worden. Bereits damals waren umfangreiche Rüstungslieferungen, vor allem die Lieferung von Kriegsschiffen der Bremer Lürssen-Werft, im Gespräch. Für den Verkauf der Schiffe hat sich Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrem Besuch in Luanda Mitte Juli 2011 eingesetzt (s. Kriegsschiffe für strategische Partnerschaft? In afrika süd 4, 2011).

Im März 2014 war Außenminister Steinmeier zur Eröffnung des deutsch-angolanischen Wirtschaftsforums nach Luanda gereist und führte anschließend Gespräche mit seinem Amtskollegen sowie Staatspräsident José Eduardo dos Santos. Der Deal mit den Kriegsschiffen - nach offiziellem Sprachgebrauch Patrouillenboote zur Sicherung der Küste - dürfte nach dem jetzigen Besuch des angolanischen Verteidigungsministers unter Dach und Fach sein. Lourenço stattete der Bremer Lürssen-Werft im November ebenso einen Besuch ab wie der Münchner Airbus Defence and Space und anderen Rüstungskonzernen. Angolas Militärausgaben haben sich seit 2008 fast verdoppelt und liegen dieses Jahr bei 5,2 Mrd. US-Dollar. Bei solchen Summen wittert die deutsche Rüstungsindustrie ihre Chancen.

Quelle: afrika süd Nr. 6, November/Dezember 2014

Siehe auch:

Deutschland und Angola verstärken bilateralen Beziehungen

Unter der Teilnahme der angolanischen Verteidigungs- und Außenministern João Lourenço und Georges Chikoti hat Ende November 2014 die sogenannte „deutsch-angolanische Binationale Regierungskommission“ in Berlin getagt. Die Kommission war im Februar 2012 gegründet worden. Der angolanische Verteidigungsminister nutzte seinen Besuch, um einen Militärvertrag mit der Bundesregierung, vertreten durch Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen, zu unterzeichnen.

Deutsche Welle, 28.11.2014

<http://www.dw.de/alemanha-e-angola-refor%C3%A7am-rela%C3%A7%C3%B5es-bilaterais/a-18098973>

„Deutschland stand schon immer auf Seiten der Unterdrücker in Angola“

Das Geschäft mit Marineschiffen und Waffen dürfte ein möglicher Grund für den Besuch des angolanischen Verteidigungsministers João Lourenço in Deutschland gewesen sein, meinen Angolaexperten. Der Inhalt des am 24. November 2014 von Deutschland und Angola unterzeichneten bilateralen Militärabkommens wird der Öffentlichkeit zwar vorenthalten, Analysten vermuten jedoch, dass es sich bei diesem Abkommen um den Erwerb von sechs bis acht Patrouillen-Booten (Kriegsschiffe) im Wert von 10 bis 25 Mio. Euro und um Waffen handelt.

Für Emanuel Matondo, Mitglied der Angolanischen Antimilitaristischen Menschenrechtsinitiative IAADH und Redaktionsmitglied von afrika süd, hat „Deutschland schon immer auf Seiten der Unterdrücker in Angola“ gestanden. In einem Interview mit der Deutschen Welle wies er auf die deutschen Waffenlieferungen an den portugiesischen Diktator Antonio Salazar in den 1960er Jahren, auf dem Höhepunkt von dessen brutalen Kolonialpolitik, hin. Damals hatte die Bundesregierung eine ganze Rüstungsproduktionskapazität zur Herstellung von eigenen Kleinwaffen G3 und Munition unter Lizenz sowie Kriegsschiffe (Korvetten und Fregatten) geliefert. Diese verwendete Salazar im schmutzigen Kolonialkrieg gegen die Bevölkerung Angolas und Mosambik. Nun wiederhole sich die Geschichte mit der möglichen Lieferung von Korvetten und Fregatten an das angolanische Regime.

Die von offizieller Seite vorgebrachte Argumentation, mit den Patrouillenbooten wolle Angola seine Küsten vor möglichen Piratenangriffen schützen, hält Emanuel Matondo für vorgeschoben.

Piratenaktivitäten seien kaum zu registrieren. Die Küste Angolas „mit Fregatten und Korvetten zu sichern bedeutet, wichtige Mittel von anderen Zielen abzuziehen. Mittel, die Angola zu Ernährung seiner hungernden Bevölkerung braucht.“

Deutsche Welle, 27.11.2014

<http://www.dw.de/neg%C3%B3cio-de-navios-pode-ser-raz%C3%A3o-da-visita-do-ministro-angolano-da-defesa-%C3%A0-alemanha/a-18091238>

Brasilien

Angola kauft Patrouillenboote in Brasilien

Während über den möglichen Kauf von Schiffen für die angolansische Marine aus Deutschland bisher wenig Konkretes zu erfahren war, hat Angola in Brasilien Nägel mit Köpfen gemacht: Anfang September 2014 hat Verteidigungsminister Lourenço mit seinem brasilianischen Amtskollegen einen Vertrag abgeschlossen, der den Kauf von sechs Patrouillenbooten vorsieht. Die Boote sind jeweils 55 Meter lang und wiegen 500 Tonnen. Der Schiffserwerb gehört zu einem Programm zum Ausbau der angolansischen Marine (Pronaval), das von Emgepron, einem Unternehmen der brasilianischen Marine, unterstützt wird.

Deutsche Welle, 16.9.2014

<http://www.dw.de/angola-assina-acordo-para-compra-de-navios-patrolha-do-brasil/a-17923253>

Siehe auch:

Defesa e Segurança: Angola busca cooperação brasileira para implementar Programa Naval

Portal Brasil, 6.8.2014

<http://www.brasil.gov.br/defesa-e-seguranca/2014/08/angola-busca-cooperacao-brasileira-para-implementar-programa-naval>

Declaração conjunta dos ministros da defesa da República Federativa do Brasil e da República de Angola

Ministério da Defesa do Brasil, 5.8.2014

http://www.defesa.gov.br/arquivos/2014/mes08/comunicado_conjunto_brasil_angola_5_agosto_2014.pdf

In Brasilien bestellte Patrouillenboote werden von MTU Friedrichshafen-Dieselmotoren angetrieben

Nach einem Bericht von defenceWeb handelt es sich bei dem Marinegeschäft mit Brasilien um sieben Patrouillenboote der Macaé-Klasse. Vier davon werden in Brasilien, drei in Angola hergestellt. Die Schiffe werden von zwei Dieselmotoren von MTU Friedrichshafen angetrieben.

defenceWeb, 9.9.2014

http://www.defenceweb.co.za/index.php?option=com_content&view=article&id=36188:angolan-navy-acquiring-seven-patrol-vessels-from-brazil&catid=51:Sea

Russland

Russland rüstet angolansische Armee auf

Angolas Generalstabschef Geraldo Nunda Sachipengo hat bestätigt, dass Russland eine größere Rolle bei der Aufrüstung und Ausbildung der angolansischen Streitkräfte FAA spielen wird.

In einem von Angola Press wiedergegebenen Interview sagte General Nunda, dass die Angolas Luftwaffe noch dieses Jahr neue Hubschrauber erhalten werde, die von Piloten bedient würden, die eine sechsjährige Ausbildung in Russland erhalten haben. Laut der russischen Zeitung Vedomosti handelt es sich um eine unbestimmte Anzahl von Mil Mi-17-Helikoptern sowie von Su-

30K-Mehrzweckjagdflugzeugen. Die Lieferung ist Teil eines Waffengeschäfts mit Russland über eine Milliarde US-Dollar.

IHS Jane's Defence Weekly, 6.9.2014

<http://www.janes.com/article/44176/russia-playing-major-role-in-re-equipping-training-angolan-military>

Siehe auch:

Surfing Russia's Military Cooperation With Angola

Pambazuka News, 30.10.2013

<http://www.pambazuka.net/en/category/features/89443>

Angolan armed forces to get new helicopters, navy vessels

defenceWeb, 29.10.2014

http://www.defenceweb.co.za/index.php?option=com_content&view=article&id=36778:angolan-armed-forces-to-get-new-helicopters-navy-vessels&catid=49:National%20Security&Itemid=115

USA und Africom

Africom nähert sich Angola an:

„Eine Sicherheitsbeziehung mit unvorhersehbaren Folgen für das Land“

Africom mit Sitz in Stuttgart ist das Kommando der US-Streitkräfte für Afrika. Seit seiner Gründung 2008 hatte die US Army vergeblich nach einem Standort für Africom in Afrika gesucht. Kein Staat war bislang bereit dazu. Auch mit Angola scheiterten die Annäherungsversuche. Doch bei seinem Angola-Besuch am 24. August 2014 sagte David Rodriguez, Leiter des Führungskommandos von Africom, seine Militärorganisation habe mit der angolanischen Regierung eine bilaterale Beziehung im Bereich der regionalen und maritimen Sicherheit vereinbart. Für die USA spielt Angola eine wichtige Rolle bei der Kontrolle über den Golf von Guinea, zumal Luanda seinen Einfluss über São Tomé und Príncipe und Guiné-Bissau ausspielen kann. Auch die instabile Lage in Nigeria wegen der Terroranschläge durch die radikal-islamische Boko Haram mache Angola für Africom als alternativen oder zusätzlichen Partner attraktiver, meinte Paulo Gorjão, Politikexperte des „Instituto Português de Relações Internacionais e de Segurança“ (IPRIS). Eine solche Sicherheitsbeziehung mit den USA werde allerdings in Afrika genau beobachtet und könnte unvorhersehbare Folgen für das Land haben. „Es ist der Fluch des Wachstums, der Angola den Feinden der USA ausliefert.“

Angop, 24.9.2014, Deutsche Welle, 25.9.2014

http://www.portalangop.co.ao/angola/en_us/noticias/politica/2014/8/39/Africom-commander-Angola-for-strengthening-cooperation-regional-security.cc6965c8-d179-4aa3-b317-2bed9782bb62.html

<http://www.dw.de/que-consequ%C3%Aancias-ter%C3%A1-angola-com-uma-aproxima%C3%A7%C3%A3o-ao-africom/a-17954775>

China

Chinesische Militärbasen in Angola und Mosambik?

China bereitet sich auf die Installation von Militärbasen für seine Streitkräfte in verschiedenen Teilen der Welt vor. Zu den 18 ausgewählten Stützpunkten gehören nach Medienberichten auch Angola und Mosambik. Die Informationen basieren auf einem nicht-öffentlichen Bericht, den Chinas Regierung nicht bestätigen wollte und „als von der Presse übertrieben“ darstellte. Die namibischen Behörden bestätigten allerdings, über einen chinesischen Militärstützpunkt in Namibia mit China im Gespräch zu sein. Laut Namibia Times ist „der Bau einer Militärbasis für die chinesische Kriegsmarine für die nächsten 10 Jahren geplant. Der gewählte Standort dafür ist Walvis Bay, und die Verhandlungen darüber laufen noch.“ In Angola könnte ein Teil des Hafens von Luanda als Militärstützpunkt für die chinesische Kriegsmarine dienen.

Angola24horas, 2.12.2014

<http://angola24horas.com/portal/index.php/k2/categories/nacional1/item/2970-angola-e-mocambique-podem-vir-a-acolher-bases-militares-chinas>

Siehe auch:

Chinesischer Marinestützpunkt für Walvis Bay

Medienberichten aus China ist zu entnehmen, das Walvis Bay zu den 18 Marinestützpunkten gehören wird, die China in nächster Zeit in verschiedenen Weltregionen errichten will: Pakistan, Sri Lanka und Myanmar im nördlichen Indischen Ozean; Djibouti, Jemen, Oman, Kenia, Tansania und Mosambik im westlichen Indischen Ozean; Seschellen und Madagaskar in zentralen Südindischen Ozean.

China sagt, es wolle keine Militärstützpunkte im „Stile der USA“ errichten, doch die Einrichtung einer Reihe sogenannter „strategischer Unterstützungsbasen in Übersee“ in Übereinstimmung mit gültigen internationalen Regeln sei nicht ausgeschlossen. Offiziellen Medienberichten zufolge geht es China darum, seine „Fähigkeit zu verbessern, Verantwortung zu übernehmen für die Aufrechterhaltung der Sicherheit von internationalen Meeresrouten und damit für regionale und weltweite Stabilität zu sorgen.“

Zu den in Afrika angestrebten Marinestützpunkten gehören die Häfen von Lagos in Nigeria, Mombasa in Kenia, Daressalam in Tansania und Luanda in Angola.

Namibian, 19.11.2014

http://www.namibian.com.na/index.php?id=20409&page_type=story_detail

MEDIEN

Videos:

In Englisch:

The Norwegian Paradox - oil in Angola

Veröffentlicht am 18.9.2014, in Oslo

A collaboration between The Norwegian Council for Africa and the Angolan human rights organisation Omunga.

<https://www.youtube.com/watch?v=vuHgn2EQ0Pc>

In Portugiesisch:

O Paradoxo Norueguês - o Petróleo em Angola

Veröffentlicht am 02.12.2014

Este filme tornou-se possível através da cooperação entre O Conselho Norueguês para a África (Norwegian Council for Africa / Fellesrådet for Afrika) e a organização angolana de direitos humanos Omunga

<https://www.youtube.com/watch?v=rEQDw47v6-k>

Bücher:

Daniel Metcalfe

Dália Azul, Ouro Negro: Uma viagem a Angola / Blue Dahlia, Black Gold: A Journey into Angola

José Eduardo Agualusa to launch the Portuguese edition - Dália Azul, Ouro Negro: Uma Viagem a Angola - Tuesday 25 November, 9pm at FNAC Chiado, Lisbon!

<http://www.fnac.pt/Dalia-Azul-Ouro-Negro-Daniel-Metcalfe/a835358>

<http://www.redeangola.info/dalia-azul-ouro-negro-viagem-a-angola-ganha-edicao-em-portugues/>

Rezension der englischen Originalausgabe:

Book Review: Blue Dahlia, Black Gold: A Journey Into Angola - Daniel Metcalfe

Express UK, 26.7.2013

<http://www.express.co.uk/entertainment/books/417543/Book-Review-Blue-Dahlia-Black-Gold-A-Journey-Into-Angola-Daniel-Metcalfe>

Pressestimmen:

„Caring, curious and critical, bold and energetic, this is travelling and writing at its best“

Anthony Sattin, The Sunday Times

„A startling, wonderfully written portrait“

Giles Foden, Condé Nast Traveller

„An invigorating, eye-opening and fascinating study of a booming but dysfunctional country that embodies the new Africa“

Financial Times

Angola à la une - Radio Cité Genève 12/13 - 03.11.2014

Invité du 12/13

« Angola, entre croissance et pauvreté » avec Emanuel Matondo, journaliste à « Afrika Sud », Junior Cassoca, Secrétaire général du mouvement de protection de Lunda Tchokwe, Julio Candeeiro, directeur de l'ONG « Mosaiko » et Tati Raoul, responsable de l'association civique de la province de Kabinda au micro de Gilles Soulhac pour s'exprimer sur les inégalités entre multinationales et population.

Radio Cité Genève, 3.11.2014

<http://www.radiocite.ch/invite-1213.html>

LIPortal Angola

Landeskundliche Seite der GIZ zu Angola:

<http://liportal.giz.de/angola/>

angola aktuell wird im Auftrag der Angola-Runde herausgegeben von der
informationsstelle südliches afrika e.V. (issa), Königswinterer Str. 116, 53227 Bonn
Tel.: 0228-464369, Email: issa@comlink.org, www.issa-bonn.org, www.afrika-sued.org

Redaktion: Emanuel Matondo, Lothar Berger

Der **angola aktuell**-Newsletter wird freundlicherweise von Brot für die Welt und Misereor
gefördert.